

Haben Studierende eine besondere politische Verantwortung

Wolfgang Eßbach

Vortrag anlässlich der Aktionswoche des u-asta der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg „Mundtot! 30 Jahre ohne Mitbestimmung“, 7. November 2007

Ich danke dem u-asta für die Einladung, zum Gedenken an die Abschaffung der verfaßten Studierendenschaft in Baden-Württemberg vor 30 Jahren einen Beitrag zu leisten. Die verfaßte Studierendenschaft ist die gesetzlich normierte, selbstverwaltete Vertretung aller Studierenden einer Universität. Im Unterschied zu anderen Bundesländern haben Bayern und Baden-Württemberg vor 30 Jahren diese Vertretungen abgeschafft. Damit wollte man sich eines leidigen Problems entledigen, nämlich der Streitfrage, ob die Vertreter der Studierenden, d. h. das Studierendenparlament oder der allgemeine Studierendenausschuß, AStA, zu politischen Fragen Stellung nehmen darf.

Die Mehrheit der Rechtsgelehrten war der Auffassung, der AStA dürfe dies nicht, denn die Studierendenschaft sei eine Zwangsvereinigung, der jeder Studierende, weil er immatrikuliert ist, angehört. Man kann nicht austreten, wenn der AStA zu politischen Ereignissen öffentlich im Namen der Studierenden Stellung nimmt. Man muß zwangsweise Beiträge zahlen, mit denen der AStA Vorträge zu politischen Fragen, Proteste und Demonstrationen organisiert. Das Grundrecht, Vereine und Gesellschaften zu bilden (Artikel 9 GG), bedeutet auch, daß niemand zwangsweise einem Verein angehören muß, der politisch tätig ist. Das Stichwort lautet „negative Koalitionsfreiheit“.

Wer sich mit den Auseinandersetzungen um das politische Mandat der verfaßten Studierendenschaft befaßt, stößt auf ein Gebirge von Rechtsgutachten und Prozeßakten, Urteilsbegründungen, Kommentaren etc. Damit fange ich gar nicht erst an. Mich interessiert die darunterliegende Frage: Haben Studierende eine besondere politische Verantwortung? Und wenn man dazu kommt, diese Frage mit „ja“ zu beantworten, dann stellt sich weitergehend die Frage, in welcher Verfassung, welcher institutionalisierten Form, in welcher Organisationsweise Studierende diese Verantwortung wahrnehmen könnten.

Das haben Sie vielleicht schon gemerkt, der Knackpunkt meiner Frage liegt bei dem kleinen Wörtchen „besondere“. (Haben Studierende eine *besondere* politische

Verantwortung?). Man könnte nun gleich sagen: Nein, Studierende haben keine besondere politische Verantwortung, sondern eine politische Verantwortung wie sie jeder Staatsbürger auch hat. Nicht mehr und nicht weniger.

1 Bürgerpflicht

Lassen Sie uns in einem ersten Abschnitt dieser Linie folgen. Was könnte das sein, eine politische Verantwortung, die Staatsbürger haben? Ich vermute mal, daß, wenn wir eine Straßenumfrage durchführen würden, den Befragten spontan dazu nicht viel einfallen wird. Denn der Begriff „politische Verantwortung“ wird heute zumeist in anderer Weise gebraucht, wenn z. B. ein Minister sagt: „Für den Gammelfleischskandal übernehme ich die politische Verantwortung und trete von meinem Amt zurück“. Politische Verantwortung – so die Wahrnehmung im Mainstream der Gesellschaft – ist etwas, was eben die politisch Verantwortlichen haben, d.h. die gewählten Volksvertreter und Regierungen. Demzufolge wäre das Volk politisch verantwortungslos. Dem Bürger wäre eine politische Verantwortung nur zuzumuten, wenn er ein politisches Amt hat.

Der Bürger als Bürger darf politisch verantwortungslos sein, ja diese Abstinenz – manche Politikwissenschaftler argumentieren so – ist für moderne Massendemokratien auch nützlich. Diese Systeme funktionieren nämlich reibungsloser, wenn große Teile der Bevölkerung politisch apathisch sind und sich nicht für Politik interessieren. Die Beschäftigung mit politischen Fragen hat etwas Störendes, lenkt von der Berufstätigkeit ab, mindert das Freizeitvergnügen, fördert schlechte Laune und Ärger. Wenn da zu viele Bürger einsteigen, kann es politisch ungemütlich werden. Ich erinnere mich noch an den Satz, den ein Friseur in den 70er Jahren seinen in politische Gespräche verwickelten Kunden beim Haarschneiden zugerufen haben soll: „Hört auf zu diskutieren! Bei Baader-Meinhof hat es auch so angefangen“. Eine gewisse politische Apathisierung, eine gewisse politische Leidenschaftslosigkeit und Desinteressiertheit kann durchaus demokratie-konform sein.

Und selbst bei der anderen Seite, bei den politisch verantwortlichen Politikern, kennen wir ja die Tendenz zu Verantwortungsverdünnungen. Bei vielen Daten, nach denen wir uns zu richten haben, ist ja im Labyrinth der Verantwortungen manchmal kaum ein Verantwortlicher zu finden. Der Täter verschwindet hinter dem Tun, letztlich war irgendein Sachzwang dafür verantwortlich.

Bei unserer Straßenumfrage nach der politischen Verantwortung könnten nun einige auch antworten: „Die Bürger wählen ja die politisch Verantwortlichen, und die haben ihr Tun eben vor den Bürgern zu verantworten. Daher habe der Bürger die politische Verantwortung, eben die richtigen zu wählen.“ Ich vermute mal, das haben Sie mehrmals in der Schule gelernt, in einem Fach mit vielen verschiedenen Namen: Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, vormals Staatsbürgerkunde, oder die Sache wurde bei Ethik abgehandelt. Im schulischen Unterricht wird freilich mehr vom Wahlrecht gesprochen, vom aktiven und passiven, als von der Wahlverantwortung. Ich bin unsicher, ob es dieses Wort „Wahlverantwortung“ überhaupt gibt. Und der Begriff paßt auch nicht, denn der Bürger kann nicht für sein Wahlverhalten verantwortlich gemacht

werden. In Demokratien ist die Wahl geheim. Er gibt in der Wahlkabine seine Stimme ab, was man durchaus wörtlich nehmen muß: Er gibt sie ab und hat sie dann nicht mehr.

Zu den Grundlagen unserer Demokratie gehört, daß das Wahlvolk souverän ist, und Souveräne sind niemandem verantwortlich. Souveräne folgen entweder ihren Launen oder ihrem Gewissen. Politische Bildung ist daher so etwas wie Gewissenserweckung und Gewissenslenkung, und früher gehörte die Förderung politischer Bildung durchaus zu den Aufgaben des AStA. Die souveräne Verantwortungslosigkeit gegenüber anderen spiegelt unsere Verfassung noch einmal in der Stellung der gewählten Abgeordneten wieder. Sie sind nur ihrem Gewissen verantwortlich, nicht denen, die sie gewählt haben, und nicht der Partei, der sie angehören. Aber in der Praxis riskiert natürlich jeder Abgeordnete seine Karriere, wenn er seinem Gewissen in Abweichung von den Beschlüssen seiner Partei folgt. Er ist nämlich seiner Partei gegenüber verantwortlich, die ihn aufgestellt hat, auf die Liste gesetzt hat usw.

Die Dominanz der Parteien über das Politische ist in der Bundesrepublik extrem ausgeprägt. Der Weg Deutschlands nach 1945, weg von der Idee einer Republik der Bürger, von der in Paragraph 21 GG ganz beiläufig gesagt wird, daß Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken, hin zu einem konsequenten Parteienstaat, in dem jeder politisch Interessierte Wirkungen nur dann entfalten kann, wenn er einer Partei beitrifft, gehört zu den traurigen Geschichten, die deutsche Demokraten erzählen können. (Vielleicht finden sich ja mal etwas mehr tapfere und mutige Studierende der Zeitgeschichte, Politikwissenschaft oder Rechtswissenschaft, die sich mit den Schriften und dem Wirken eines der Hauptverantwortlichen dieser Fehlentwicklung befassen, mit Gerhard Leibholz (1901-1982), ein vielschichtiger und interessanter Mann). Daß wir gezwungen werden, über Steuern die Parteien mitzufinanzieren, könnte ja vielleicht auch die negative Koalitionsfreiheit berühren, die bei der verfaßten Studierendenschaft eine so große Rolle spielt. Sie wissen sicher, daß in Belgien z. B. die politische Verantwortung der Wähler ganz anders hervorgehoben wird. Da zahlt man eine Geldstrafe, wenn man seiner Pflicht zu wählen, nicht nachkommt. Ich kenne keine deutsche Partei, die dafür wäre, dies in unsere Verfassung zu schreiben.

Wer die Frage: Haben Studierende eine besondere politische Verantwortung?, verneint und auf die Verantwortung verweist, die jeder Bürger hat, gerät in gewisse Untiefen der politischen Theorie. In einem Punkt ist die politische Verantwortung der Bürger schlechthin ganz eindeutig: Wenn die Republik angegriffen wird, dann müssen die Männer zu den Waffen greifen. Wehrpflicht ist Bürgerpflicht. Frauen müssen das nicht. Das diskriminiert sie in dieser wichtigen Frage politischer Verantwortung, wo es um Leben und Tod geht. Die Parole der französischen Revolution ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ hatte – was nicht gern zitiert wird – noch einen Zusatz: *liberté, égalité, fraternité ou la mort*, oder der Tod.

2 Interessen

Wenn man sagt, Studierende haben eine besondere politische Verantwortung, die andere Bürger nicht haben, so stellt sich die Frage, wie diese Besonderheit begründet

werden kann. Auf eine Idee sind Studierende immer wieder gekommen, wenn sie die Universität wie einen großen Betrieb, ein großes Unternehmen erfahren haben, in dem Professoren und Studierende an der Herstellung von Wissen und Qualifikation arbeiten. Wo zusammen gearbeitet wird, gibt es Konflikte: Streit um Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und den Lohn, den man für seine Mühe bekommt oder nicht. Also – so die geniale Idee – brauchen wir das, was alle in Betrieben arbeitenden Menschen auch haben, nämlich Gewerkschaften. Die Interessen der Studierenden werden am besten durch eine Studentengewerkschaft vertreten. Und in vielen Ländern gibt es ja auch Studierendengewerkschaften, z. B. die *UNEF* in Frankreich, gleich nebenan.

Gewerkschaften sind freie Vereinigungen, man zahlt Beiträge, wählt Vertreter, die gemeinsam diskutierte und beschlossene Dinge der Unternehmensleitung vorlegen. Man muß sich fragen, ob es nicht wirklich viele Parallelen zwischen Fabrikbetrieben und Unibetrieb gibt. Studienbedingungen sind so etwas wie Arbeitsbedingungen, es geht um Zeiten und um Anforderungen, es geht um Leistung und Leistungsbewertung. Und obwohl alle der Idee nach an einem Strang ziehen und vielleicht auch stolz auf den Betrieb sind, haben Professoren und Studierende auch unterschiedliche Interessen. Die treten immer dann hervor, wenn es um die Anzahl der Sprechstunden geht, die Länge der Literaturlisten, die Zeiten für die Korrektur von Hausarbeiten, die für Studierende noch erträglich sind und so weiter und so weiter.

Wenn man erstmal die Gewerkschaftsidee internalisiert hat, ergeben sich auch Weiterungen. Was die Gewerkschaften für die Betriebe mühsam erkämpft haben, nämlich das Betriebsverfassungsgesetz und die betriebliche Mitbestimmung im Betriebsrat, das ist für eine ganze Reihe von Studierendengenerationen überhaupt das Modell studentischer Mitbestimmung gewesen. Mitbestimmung ist, seit die Selbstverwaltung der Unternehmen durch die Arbeiter selbst sich in der Revolution von 1919 in Deutschland nicht durchsetzen ließ, ein tragendes Element aller Gewerkschaftspolitik geworden. Wenn man sich mit dieser Idee erst einmal auf die Reise macht, dann wird es automatisch so weitergehen, daß sich die gewerkschaftlich organisierten Studierenden einer Universität mit denen anderer Universitäten zusammenschließen. Dann gibt es Regionalverbände, Landesverbände, einen Bundesdachverband und einen EU-Dachverband und einen Weltverband der Studierenden, und wenn es gut geht, kann man den gestirnten Himmel noch als kosmisches Dach dazunehmen.

Diese schöne Idee hat freilich einen Haken, den Studierende, die etwas mit gewerkschaftlichen Mitteln erreichen wollten, immer wieder schmerzlich erfahren mußten. Das Hauptkampfmittel der Gewerkschaften ist der Streik, die Arbeitsniederlegung. Studierendenstreiks haben den Professoren in der Regel zusätzliche Forschungszeit eingebracht, und den Rest der Menschheit hat das nicht sonderlich interessiert. Dieser Produktionsstillstand nach dem Motto „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“ war für niemanden ein Druckmittel, allenfalls handelte es sich um eine edle Form der Selbstbeschädigung.

Wenn Studierende streiken, so ist das heute, wie man so sagt, „symbolisch“ gemeint, und wenn ich es richtig sehe, werden an den Universitäten auch mehr und mehr Aktionstage statt Streiktage ausgerufen. (Es gab auch mal eine Zwischenformulierung, die nannte sich „aktiver Streik“ im Unterschied zum „passiven Streik“). Studierendenstreiks gibt es noch zahlreich in Frankreich. Als im Frühjahr 2007 die *UNEF* zum

Unistreik gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes für junge Arbeitnehmer bis 25 Jahre aufrief, da war freilich nicht die Unterbrechung des eigenen Studierens wirksam, sondern die Demonstrationen auf der Straße, das Blockieren der Uni-Gebäude. Die Regierung hat dann ja auch schließlich nachgegeben. Dazu muß gesagt werden, daß nicht alle Studierende mit der Blockade der Universitätsgebäude einverstanden waren. Diejenigen, die in der anderen Studierendengewerkschaft, der rechtsextremen *Group Union de France* organisiert waren, formierten einen Anti-Protest. Man sieht, es kann mehrere studentische Gewerkschaften an einer Universität geben. Das ist dann so wie bei der *Deutschen Bahn*, wo wir ja derzeit den Wettbewerb erleben, welche der drei Gewerkschaften das beste für ihre Mitglieder herauszuholen in der Lage ist. (Daß viele, die sonst nicht genug Wettbewerb haben können, den gewerkschaftlichen Wettbewerb um die höchsten Lohnabschlüsse und besten Arbeitsbedingungen nicht mögen, ist ein Thema für sich).

In Deutschland gibt es, soweit ich sehe, keine Studierendengewerkschaften. Es gibt etwas anderes, nämlich die *GEW, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*. Mitglieder sind hier Lehrer und Schüler, Professoren und Studierende, d.h. alle Interessensgegensätze von Lehrenden und Lernenden sind in der Organisation aufgehoben, um das Zauberwort des Philosophen Hegel zu benutzen: Die Interessensgegensätze sind *aufgehoben*, d.h. auf einer höheren Stufe untergebracht und annulliert. So können sich die unterschiedlichen Interessen kaum voll entfalten.

Schließlich birgt das Gewerkschaftsmodell noch eine weitere Problematik. Gewerkschaften dürfen streiken, aber der politische Streik ist ihnen in Deutschland untersagt. Die Streikforderungen dürfen den Rahmen eines Arbeitskampfes nicht überschreiten. Nun kann man z. B. beim Streik der Lokführer vielleicht noch mit einigem Scharfsinn eine Grenze markieren, wo der Streik Arbeitskampf ist und wo er ins allgemein Politische hinübergleitet. Aber auf Studierende bezogen wird diese Grenzziehung sehr komplex. Es war ja nicht zuletzt der Streit, ob und wie man zwischen studentischen Angelegenheiten und allgemeinen politischen Angelegenheiten unterscheiden kann, der die Landesregierung dazu bewegt hat, den AStA einfach abzuschaffen.

Wie will man zur Kürzung der Bibliotheksmittel Stellung nehmen, ohne auf den Landeshaushalt einzugehen? Sind Studienreformfragen als Kern von Hochschulpolitik angemessen zu diskutieren, ohne die politischen Leitlinien von Konservativen, Liberalen, Grünen, Sozialdemokraten, dem *Bertelsmann*-Konzern usw. in den Blick zu nehmen? Wie steht es mit der internationalen Solidarität von Studierenden, wenn irgendein Diktator mit seiner Polizei auf einem Campus einrückt und dort Studierende verhaftet, weil sie sich kritisch geäußert haben; ist das nun allgemein politisch oder nicht zuerst eine studentische Angelegenheit? In einer vernetzten Welt, in der faule Kredite für kleine amerikanische Häuslebauer weltweit das Finanzsystem durcheinander bringen, in der, wie uns Chaosforscher erläutern, der Flügelschlag eines Freiburger Schmetterlings einen Taifun im Pazifik auslösen kann, in der wir bei Strafe des Untergangs Komplexitäten zu berücksichtigen haben, in einer Welt, in der wir ohne die Vorsilben „inter“ und „trans“ gar nicht mehr denken können – wie will man da rein studentische von rein hochschulpolitischen von rein sozialpolitischen von rein kulturpolitischen Fragen unterscheiden, und wie will man überhaupt das Politische, das in allen diesen Gebieten lauert, herausoperieren?

Erschwerend kommt hinzu, daß Studierende in der Regel erstens intelligent sind und zweitens jung – zwei Eigenschaften, die sie dafür prädestinieren, Komplexitäten und Dynamiken gedanklich zu erfassen und sprachlich gewandt zu artikulieren. Wenn Politiker mit Studierenden diskutieren, die ihr Studium ernst nehmen, d.h. viel lesen, viel nachdenken, viel experimentieren, viele Chancen nutzen, sich zu artikulieren, dann ziehen die üblichen rhetorischen Tricks von Parteipolitikern, die für das Fernsehinterview oder die Talkshow gerade noch reichen mögen, nicht mehr.

Ziehen wir ein kurzes Resümee: Das Gewerkschaftsmodell der Interessenvertretung stößt für Studierende immer dort an seine Grenzen, wo die Gründe für diese oder jene Forderung weitergehend entfaltet werden. Die Wege der Argumente führen unweigerlich ins Universum des Politischen. Die Argumente, wenn sie denn entfaltet werden, transzendieren auch die parteipolitischen diskursiven Engführungen. Genau so wie das Religiöse mehr umgreift als die bestimmten Religionsgemeinschaften, so umgreift das Politische mehr als die politischen Parteien. Eine besondere politische Verantwortung von Studierenden läßt sich von einem gewerkschaftlich getönten Interessenbegriff sicherlich ein Stück weit auffalten, aber man gerät dann sehr rasch in die skizzierten Problemzonen.

3 Wissen

Wie könnte die besondere politische Verantwortung Studierender anders begründet werden? Zunächst müßte man die Aufmerksamkeit mehr auf die Tätigkeit von Studierenden richten. Studieren ist ja keine Arbeit, auch keine Dienstleistung. Für die Last und Mühe des Studiums bekommt man auch kein Geld, im Gegenteil, man muß draufzahlen. Studieren heißt Wissen erwerben. Das ist heute nicht mehr selbstverständlich. Man hat sich angewöhnt, Universitäten zum Bildungssystem eines Landes zu rechnen, das in der Babygruppe beginnt und über Kindergarten, Schule, Hochschule zum Nobelpreis führt. Überall wird fleißig gelernt und Wissen erworben. So möchten das gerne viele Bildungsplaner haben, aber diese Perspektive täuscht bei näherem Hinsehen. Denn die Unterschiede zwischen Vorschule, Schule und Universität sind gravierend. Zwingend für alle ist nur eine gewisse Schulzeit. Die Vorschule (Krabbelgruppe und Kindergarten) ist freiwillig (jedenfalls hört man von den Vätern und Müttern im Fernsehen unisono, wie begeistert gerade ihr Kind die Wonnen öffentlicher Erziehung genießt, während die Winzlinge draußen vor der Kindertürgertür durchaus Zeter und Mordio schreien, wenn sie von Vater und Mutter dort abgeliefert werden), das Studium ist natürlich freiwillig und zusätzlich an besondere kognitive und moralische Fähigkeiten gebunden, die mit dem geheimnisvollen Begriff der Reife gefaßt werden: Reifeprüfung, Hochschulreife. Damit ist offensichtlich gesagt, daß nicht jeder Bürger diese Reife hat, auch wenn man sich wünscht, daß mehr Abiturienten mit soliderem Schulwissen ausgebildet werden. Denn, wie es in einem Lied von Georg Kreisler heißt: „Mit der Bildung kann man es gar nicht übertreiben“.

Kann man nun von der Tätigkeit des Studierens her von Studierenden im Unterschied zu denen, die nicht studieren oder nicht studiert haben, ein Alleinstellungsmerkmal definieren, das eine besondere politische Verantwortung begründet? Dieser

Frage will ich jetzt nachgehen.

Ich weiß, dieser Gesichtspunkt ist nicht populär, denn in früheren Zeiten hat die Unterscheidung zwischen – wie man sagte – Gebildeten und Ungebildeten einen Bildungsdünkel befördert. Man sah als Gebildeter von oben herab auf die Ungebildeten, die vielleicht nur die Volksschule oder eben nur eine „mittlere Reife“ – auch ein interessantes Wort – schulmäßig erreichen konnten oder wollten. Der berechtigte Kampf gegen den Bildungsdünkel hat nun aber dazu geführt, die besondere Stellung und damit die besondere Verantwortung zu schwächen und zu verwischen, die diejenigen, die mehr wissen, gegenüber denen haben, die weniger wissen. Im Grundgesetz steht neben der Eigentumsgarantie der schöne Satz: „Eigentum verpflichtet“. Analog kann man formulieren, Wissen verpflichtet nicht minder. Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Grundidee der europäischen Aufklärung. Zur Verbesserung der Verhältnisse, zur – wie man früher sagte – Veredelung des Menschengeschlechts, bedarf es eines vermehrten Wissens, und dieses Wissen ist kein Geheimwissen, sondern es soll publik werden, verbreitet werden. Dazu sind die, die mehr wissen, gegenüber denen, die weniger wissen, moralisch verpflichtet.

Zu denen, die aufgrund ihrer Stellung mehr wissen als ihre ehemaligen Genossen aus der Kinderkrippe und der Grundschule, gehören zweifellos Studierende. Nun habe ich dies in der Sprache der Aufklärung mit Bedacht eine *moralische* Verpflichtung genannt. Die Aufklärer hatten ein eigenartiges Verhältnis zum Politischen. Man kann mit Reinhart Koselleck sagen, ihre moralischen Anforderungen waren krypto-politisch. Denn ihre Moral in praktische Politik umgesetzt, bedeutete in der Regel Revolution bis zum jakobinischen Tugendterror. Soweit muß es nicht immer gehen, aber aufklärerisch gedacht, verpflichtet Wissen moralisch mindestens zum Weitersagen, aber das kann eben Folgen haben und die Politiken erschüttern.

Dafür gibt es unendlich viele Beispiele: Wenn Studierende die neuesten Erkenntnisse über die Wirkung bestimmter Substanzen auf den menschlichen Körper verbreiten, wenn sie das Wissen aus dem Seminar über Wirtschaftskriminalität und Korruption am Beispiel der städtischen Bauverwaltung weitergeben, wenn sie Forschung über die neurophysiologischen Determinismen und die Illusion der Willensfreiheit verbreiten, wenn sie ihr Wissen aus einem zeithistorischen Seminar über den Aufbau des Bundeskriminalamts durch die Polizeikräfte, die für die Durchführung der Ermordung europäischer Juden verantwortlich waren, weitersagen, wenn sie entlegenes Wissen über die Mechanismen der verdeckten Nachrichtenzensur bei ARD und ZDF verbreiten und so weiter und so weiter – dann kann dieses Wissen mehr oder weniger erschütternde Folgen für die Politiken haben. Es gibt nämlich kaum ein Gebiet des Wissens, bei dem nicht auch, je intensiver es studiert wird, üble Dinge zutage treten, die ins Politische führen. Es ist dies die Stelle, an der für Studierende eine besondere politische Verantwortung entsteht, eben weil sie studieren, d. h. Wissen erwerben.

Nun haben sie wahrscheinlich schon gemerkt, daß einige Kreise daran interessiert sind, das Studium nicht primär als Wissenserwerb, sondern primär als Kompetenzerwerb zu definieren. Wenn sich das durchsetzt und die Abwertung von Wissen gegenüber Kompetenzen zunimmt, anders gesagt: Wenn die Verwandlung der Universität in eine höhere Berufsschule voranschreitet, dann wären künftige Studierende davon entlastet, aus einem Wissen heraus sich politisch und moralisch verantwortlich zu fühlen.

Denn Wissen ist ganz innig mit dem verbunden, was wir in Europa Wahrheit nennen, einen Wahrheitsanspruch erheben. Übrigens steht an unserem Kollegiengebäude I ja nicht in goldenen Lettern „Die Kompetenzen oder gar die Schlüsselkompetenzen werden Euch frei machen“.

4 Zukunft der Universität

Nun ist bei diesem ganzen Komplex der besonderen politischen Verantwortung der Studierenden, die sich aus den Idealen der Aufklärung herleitet, ein wichtiger Prozeß zu berücksichtigen. Ich meine den Prozeß, in dem sich neben denen, die eine Verantwortung aus dem geprüften und reflektierten wissenschaftlichen Wissen herleiten, ein ganz anderer Sektor herausgebildet hat, in dem ebenfalls der Anspruch erhoben wird, Wissen zu verbreiten, nämlich das Mediensystem – von der Zeitung über Radio und Fernsehen bis zum Archipel von Plattformen im Internet. Jahrhundertlang hat es in Europa Grenzkonflikte zwischen dem Kirchenglauben und der Wissenschaft gegeben. Hier hat man sich einigermaßen arrangiert, das Feld ist gepflastert mit Büchern zum Thema ‚Glaube und Wissen‘. Nun gibt es aber einen neuen Grenzkonflikt innerhalb des Wissens selbst, nämlich den zwischen geprüftem und ungeprüftem Wissen, zwischen bloßem Meinungswissen und dem wissenschaftlich elaborierten Wissen oder – wie die Griechen sagen würden – zwischen *doxa* und *episteme*.

Damit komme ich zu einer weiteren Linie der Antwort auf die Frage: Haben Studierende eine besondere politische Verantwortung? Es geht hier um die politische Verantwortung, die Studierende für die Zukunft der Universität haben.

Der Gesichtspunkt ist auf den ersten Blick ungewöhnlich: Was hat die Wissenskonzurrenz zwischen Medien und Universität mit studentischer politischer Verantwortung für die Universität zu tun? Ich muß etwas ausholen.

Unvergessen aus meiner eigenen Zeit als AStA-Vorsitzender der Universität Göttingen im Jahre 1968 ist mir ein Argument in Erinnerung geblieben, das Walther Zimmerli, Ordinarius für evangelische Theologie und Altes Testament, gegen unsere damalige Forderung nach einem studentischen Stimmrecht in Universitätsgremien ins Feld geführt hat. Er sagte: „Studierende könnten keine Verantwortung für universitäre Angelegenheiten übernehmen, selbst wenn sie sehr klug und sachkompetent wären. Denn sie sind nur zeitweise an der Universität, sie sind für ein paar Jahre Besucher von Seminaren und Vorlesungen, sie absolvieren Prüfungen und gehen dann weg. Dagegen hätten die Professoren auf Lebenszeit ein existentielles, tiefes Verhältnis zur Universität. Studierende seien gern gesehene Gäste, aber eben nur Gäste“.

Dieses Argument gegen die studentische Mitbestimmung war in Vielem schärfer als das gängige Gerede von der Sachkompetenz, die Professoren automatisch besitzen. Die Sachkompetenz ist bei allen Menschen ein schwankendes Gut. Auch Professoren können verblöden, wenn sie Forschung und Lektüre einstellen. Der große Epistemologe Gaston Bachelard sagte einmal über den Professor: „In der ersten Hälfte seines Wirkens nutzt er der Wissenschaft, in der zweiten Hälfte schadet er ihr“. Walther Zimmerlis Argument traf einen wichtigen Kernpunkt. Er zweifelte daran, ob Studierende sich mit der Universität identifizieren können, wenn sie sie nur kurz besuchen.

Es geht in dieser Linie nicht um eine quasi gewerkschaftliche Interessenpolitik der Studierenden, es geht in dieser Linie auch nicht um eine politische Verantwortung aus dem erworbenen Wissen heraus, sondern darum, Verantwortung für die Zukunft der Institution zu übernehmen, in der man als Student oder Studentin war.

Deutsche Hochschulpolitiker sind jedesmal in hohem Maße irritiert, wenn sie davon hören, welche Summen reich gewordene Absolventen in den USA ihrer Universität schenken und wie sie, auch wenn sie nicht zu den großen Sponsoren gehören, aufmerksam verfolgen, wie sich ihre Universität verändert, wie sie in die nationalen Debatten mit Vorschlägen und Kritik eingreifen, und zwar nicht als das, was sie jetzt gerade sind, sondern als das, was sie einmal waren, nämlich Studentin oder Student an dieser oder jener Universität.

In Deutschland ist das doch sehr anders. Hier verlassen Jahr für Jahr Hundertstausende ihre Universität, aber es kommt kaum ein Echo zurück. Seit dreißig Jahren reagiert die überwältigende Mehrheit der Ehemaligen mit stumpfer Gleichgültigkeit ihrer Universität gegenüber. Warum? Man kann hier nur Vermutungen anstellen. Ist es das Gefühl: „Gott sei dank sind wir aus dem Laden raus“? Ist es das Gefühl, um eine gute Ausbildung im Massenbetrieb betrogen worden zu sein? Was die letzten Jahre angeht, so haben die ehemaligen Studierenden ihre alte Universität nicht gegen den Wahnsinn der Bologna-Reformen verteidigt. Der Imageverlust der Universitäten in unserer Gesellschaft hat seit den 80er Jahren kontinuierlich zugenommen. Nach der breiten Identifikation der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre mit ihrer rebellischen Universität ist in den 80er Jahren auch keine neue attraktive Universitätsidee aufgetaucht. Es ist keine Idee aufgetaucht, die so überzeugend gewesen wäre, daß Studierende darauf neugierig geworden wären, sich davon hätten begeistern lassen und so auch als Absolventen die Chance gehabt hätten, ein Verantwortungsgefühl für die Zukunft der Universität, ihrer Universität zu entwickeln. Sie haben die Universität verlassen, vielleicht auch einfach vergessen.

Wo könnten die Ursachen dafür liegen? Ich werde hier nur kurz auf meine These zurückkommen, die ich Anfang des Jahres in meinem Vortrag in der Reihe *Capitalism Now* im Freiburger Theater zum Thema *Glaube, Geist und Kapital* vorgestellt habe. (Interessierte können sich den Text oder den Audiofile von meiner Homepage herunterladen). Wir müssen zurück in die 80er Jahre gehen. 1982 beginnt die Ära Helmut Kohl unter dem Wahlspruch der „geistig-moralischen Erneuerung der Bundesrepublik“. Der zentrale Schritt in diese Richtung war die Freigabe des Privatfernsehens in Deutschland. Seitdem gibt es *RTL*, *SAT 1*, *PRO 7* usw. Darauf folgte der Marsch in die Mediengesellschaft. Erst die Pluralität der Fernsehprogramme, dann die Umstellung von Vinyl auf CD, dann die PCs, ganz neue Produkte für Kids zum Spielen, schließlich das Internet, unendlich wachsend. Eine ganze neue Szenerie von Konflikten entstand in dieser Zeit: Computerviren, Hacker, der Cyberspace usw. Gegenüber der Faszinationskraft der neuen Medien sah die Universität ziemlich alt aus. Der Traum vieler Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften seit den 90er Jahren heißt denn auch: „Ab in die Medien“. Damit sind wir nun bei der Frage der Zukunft der Universität angekommen.

Jahrhundertlang gab es in Europa vornehmlich die Universitäten als Stätten des Geistes. Sie waren Leuchttürme in einem Meer des Analphabetismus, des Aberglau-

bens und der Duldsamkeit gegen die Willkür der Herrschenden. Das Mediensystem läuft langsam an über die Massenpresse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Da blickten die Professoren voller Verachtung auf das intellektuelle Gesindel von Journalisten. Man hielt es mit Kierkegaard, der in seinem Tagebuch notiert hatte: „In Wahrheit, wenn die Tagespresse wie andere Gewerbeführende ein Schild außen haben müßte, es müßte darauf stehen: Hier werden Menschen demoralisiert in der kürzestmöglichen Zeit, nach dem größtmöglichen Maßstab, zu dem billigstmöglichen Preis.“ Noch in den 60er Jahren ist journalistisch ein Schimpfwort an den Universitäten gewesen.

Warum diese Verachtung der Massenpresse? Sie wurde verachtet, weil sie entweder ideologische Parteipresse war oder gesinnungslose Sensationspresse, in beiden Fällen ein System der Verdummung der Bevölkerung. Die Journalisten haben sich dagegen gewehrt und den sogenannten „gehobenen Journalismus“ entwickelt, Qualitätsstandards, Seriosität, Objektivität der Berichterstattung, ein eigenes Reporterethos, und diese Bestrebungen gibt es ja auch bis heute. Aber es war schon immer etwas teurer, die genauere Information, den besseren Film, den scharfsinnigeren Kommentar zu kaufen. Wenn sie heute Journalisten fragen, dann könnten die ihnen viel erzählen vom Abbau des Qualitätsjournalismus. Die Zeit für Recherchen wird immer knapper. Hintergrundinformationen einzuholen, die Überarbeitung von Artikeln, womöglich noch in stilistischer Hinsicht – das alles kostet Zeit und Geld.

Wie auf jedem Markt, so geht es auch auf dem Markt des Wissens um einen Preiswettbewerb. Und Wissen ist heute sehr billig zu haben. *Google* macht's möglich. Große Medienkonzerne wie *Bertelsmann* haben hier vorausschauende Entscheidungen getroffen, z. B. mit der Gründung des *Centrums für Hochschulentwicklung (CHE)*. In den 90er Jahren haben dann die Rektoren das Schicksal der deutschen Universitäten in die Hände des *Bertelsmann*-Konzerns gelegt. Die Konkurrenz auf dem Markt des Wissens ist längst in vollem Gange. Es ist dies nicht einfach – wie man Ihnen schmeichelt – eine Konkurrenz um die besten Köpfe, sondern es ist eine Konkurrenz um den Inhalt der Köpfe. Es ist eine Konkurrenz zwischen Institutionen: zwischen der von Kapitalinteressen freien Universität und dem auf Gewinn und Rendite ausgerichteten Mediensystem, zwischen Billigwissen und teurem Wissen. Dieser Preiswettbewerb setzt sich in den beiden Systemen fort. Die Universitäten stehen unter Druck, für weniger Wissen mehr Zeugnisse auszustellen. Die Medien stehen unter dem Druck, mehr Einschaltquoten oder mehr Homepage-Klicks für weniger inhaltliches Programm zu erreichen.

Niemand weiß, wie die Universitäten in Zukunft aussehen werden. Aber eines dürfte klar sein, sie werden schlecht aussehen, wenn nicht auch die Studierenden eine politische Verantwortung für die Weiterentwicklung der Universität übernehmen. Dazu braucht es Ideen und Mut. Übrigens: In der europäischen Geschichte war es bisher so, daß in der Regel Studierende die Avantgarde für die Erneuerung der Universität bildeten. Man müßte als Hochschullehrer schon an einem pathologischen Pessimismus leiden und sich eine Berufsunfähigkeitsbescheinigung ausstellen lassen, wollte man daran zweifeln, daß nicht auch morgen dies möglich sein sollte, daß Studierende die *Neue Universitas* nicht nur von ihrem Rektor in Festreden propagieren lassen, sondern auch von unten mit neuen Formen und Inhalten praktisch umgestalten.

Schluß

Stellen wir uns zum Schluß noch einmal die Frage: Haben Studierende eine besondere politische Verantwortung? Meine Antwort ist dreimal „ja“: Ja, wenn sie ihre Interessen vertreten, geraten sie unweigerlich ins Politische hinein. Ja, wenn sie ihr Wissen ernst nehmen, sind sie für Aufklärung verantwortlich und geraten auch so unweigerlich ins Politische. Ja, wenn sie anfangen, sich Gedanken über die Universität der Zukunft zu machen, geraten sie erst recht unweigerlich ins Politische.

Ich weiß, es gibt Alternativen. Man kann seine Interessen auch vergessen, oder man kann sie durch andere vertreten lassen und es sich gemütlich machen. Man kann auch Wissen nicht so wichtig nehmen. Und man kann als Absolventin oder Absolvent sagen: Nach mir die Sintflut. Das geht auch, und es hat auch immer wieder Zeiten gegeben, in denen eine Mehrheit diese Wahl getroffen hat. Das ist keine Katastrophe. Problematisch wird es, wenn es nicht mehr die wenigen gibt, die den kritischen und wachen, den intellektuellen studentischen Habitus auch gegen den Strom weiterpflegen.

„30 Jahre mundtot“ – die Parole dieser Aktionstage stimmt ja nicht im Ernst. Denn Sie waren dreißig Jahre nicht mundtot, im Gegenteil: In Freiburg hat sich – jedenfalls in den 20 Jahren, die ich an dieser Universität lehre und forsche – immer wieder das kritische Potential regeneriert. Es hat sehr warme Dezember und wunderschöne Frühlinge gegeben. Die Freiburger Studierenden haben mit dem u-AStA eine sehr intelligente Doppelstruktur erfunden und weiterentwickelt. In meinem Fach und in anderen Fächern, die ich etwas kenne, gibt es vitale Fachschaften, die auch den Mund aufmachen. Dazu kann man Sie an diesen Gedenktagen nur beglückwünschen. Wie immer die Auseinandersetzung um die verfaßte Studierendenschaft weitergehen wird, auch künftige Studierende werden mit den politischen Fragen der Interessenvertretung, der kritischen Substanz ihres Wissen und der Zukunft der Universität befaßt sein.